

Marrakesch-Deklaration



Die Erklärung von Marrakesch

Im Januar 2016 haben sich in Marrakesch über 250 muslimische Gelehrte, Staatsoberhäupter und hochrangige Repräsentanten getroffen, um über die Rechte religiöser Minderheiten in muslimisch dominierten Ländern zu beraten. Teilgenommen haben auch Würdenträger anderer Religionen und weitere nichtmuslimische Gäste. Schirmherr der Konferenz war der König von Marokko, Mohammed VI. Der der Konferenz vorausgehende längere Konsultationsprozess wurde von dem muslimischen Großgelehrten Sheikh Abdallah ibn Bayyah geleitet. Sheikh Ibn Bayyah ist Präsident des „Forum for Promoting Peace in Muslim Societies“ (Vereinigte Arabische Emirate). Das Abschlussdokument wurde als „Marrakesh Declaration“ verabschiedet. Hierfür wurde eigens auch eine Internetseite eingerichtet: www.marrakeshdeclaration.org.

Als innerislamischer Bezugspunkt wird auf die sogenannte „Charta von Medina“ verwiesen, die der Prophet Muhammad nach 622 n. Chr. erlassen hat und die Regelungen für das friedliche Zusammenleben unterschiedlicher Stämme und religiöser Gruppen enthält. Die Charta, auch „Verfassung von Medina“ genannt, ist ein Bündnisvertrag, der von Muslimen als wegweisend für die Verwirklichung einer multireligiösen Gesellschaft nach islamischen Prinzipien betrachtet wird. In der Charta von Medina sehen die Autoren der Marrakesch-Deklaration einen Referenzrahmen für muslimische Länder, um in deren Verfassungen das Konzept einer auch religiöse Minderheiten umfassenden Bürgerschaft aufzunehmen. Sie rufen zu einer gerechten Behandlung religiöser Minderheiten in muslimisch dominierten Ländern auf. Für alle religiösen Gruppen werden Rechte und Freiheiten gefordert, die über Respekt und Toleranz hinausgehen. Die Unterzeichner rufen zudem Gelehrte und Intellektuelle auf, neben der islamischen Tradition auch die globalen Entwicklungen zu berücksichtigen.

So werden unter anderem Bildungseinrichtungen aufgefordert, die Curricula kritisch zu analysieren und alle Elemente daraus zu entfernen, die zu Extremismus und Aggression führen können. An Politiker und Entscheidungsträger wird appelliert, entsprechende politische und gesetzliche Schritte einzuleiten, um das Zusammenleben unterschiedlicher religiöser Gruppen in einem muslimisch dominierten Land zu befördern.

Die Reaktionen auf die „Marrakesh Declaration“ waren durchweg positiv. Der Ökumenische Rat der Kirchen und auch andere Dialoginitiativen haben die Erklärung als „bahnbrechend“ begrüßt. Die muslimischen Führungspersonlichkeiten zeigten, dass sie an einer gemeinsamen Zukunft mit anderen Religionen interessiert sind. Bisher lag die „Marrakesh Declaration“ allerdings nur in arabischer, englischer, italienischer und niederländischer Übersetzung vor. Durch eine gemeinsame Initiative des Zentralrats der Muslime in Deutschland (ZMD) und des Zentrums Oekumene der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau und der Evangelischen Kirche von Kurhessen-Waldeck ist nun auch eine deutsche Übersetzung öffentlich verfügbar. Bei der Marrakesch-Deklaration handelt es sich um ein richtungweisendes Dokument, das eine intensive Diskussion und Würdigung auch in Deutschland verdient hat. Die Voraussetzung dafür ist mit der Übersetzung nun gegeben.

Abdassamad El Yazidi (Zentralrat der Muslime)
Dr. Andreas Herrmann (Zentrum Oekumene)

Im Namen Gottes, des Barmherzigen, des Allerbarmers

Zusammenfassung der Marrakesch-Deklaration über die Rechte religiöser Minderheiten in muslimisch dominierten Gemeinwesen

25. bis 27. Januar 2016

In Zeiten, in denen sich in verschiedenen Teilen der islamischen Welt die Lebensbedingungen durch die Anwendung von Gewalt und bewaffneten Auseinandersetzungen als Mittel der Konfliktaustragung und zur Aufzwingung des eigenen Standpunktes verschlechtert haben;

In Zeiten, in denen auch die Autorität legitimer Regierungen durch diese Situation geschwächt wurde und es dadurch kriminellen Gruppierungen ermöglicht wurde, im vermeintlichen Namen des Islams Rechtssprüche zu erlassen, die aber die fundamentalen islamischen Prinzipien und Ziele in einer Weise verzerren, dass sie der Bevölkerung als Ganzes Schaden zufügen;

In Zeiten, in denen sich die Charta von Medina – der Vertrag zwischen dem Propheten Muhammad, Segen und Frieden auf ihm, und der Bevölkerung von Medina –, die allen unabhängig von ihrem Glauben religiöse Freiheit zusicherte, zum 1400. Mal jährt;

In einer Zeit, in der sich annähernd dreihundert islamische Gelehrte aus mehr als 120 Ländern, gemeinsam mit Repräsentanten islamischer und internationaler Organisationen wie auch mit religiösen Führern der verschiedensten Konfessionen und Nationalitäten, in Marrakesch zu einer großen Konferenz an diesen Tagen versammelt haben, um die Prinzipien der Charta von Medina wieder zu beleben;

Während diese Konferenz unter der Schirmherrschaft Seiner Majestät König Mohammed VI. und gemeinsam organisiert vom Ministerium für religiöse und islamische Angelegenheiten des Königreichs Marokko und des Forums zur Förderung des Friedens in muslimischen Gesellschaften mit Sitz in den Vereinigten Arabischen Emiraten abgehalten wird;

Im Bewusstsein des Ernstes der Lage, dem sich Muslime wie auch Menschen anderen Glaubens weltweit gegenübersehen, sind die versammelten islamischen Gelehrten und Intellektuellen nach eingehender Beratung und Debatte übereingekommen:

Wir erklären hiermit unsere treue Verpflichtung zu den in der Charta von Medina zum Ausdruck gebrachten Prinzipien, die eine Reihe von Regelungen in Form von Prinzipien einer verfassungsrechtlich-vertraglichen Bürgerschaft enthält, wie die Freizügigkeit, das Recht auf Eigentum, die gegenseitige Solidarität und Verteidigung wie auch die Prinzipien der Gerechtigkeit und Gleichheit vor dem Gesetz, und

dass die Grundsätze der Charta von Medina eine geeignete Basis für nationale Verfassungen in Staaten mit muslimischer Bevölkerungsmehrheit darstellen und dass die Charta der Vereinten Nationen sowie vergleichbare Dokumente wie die Universelle Erklärung der Menschenrechte mit der Charta von Medina inklusive ihrer Berücksichtigung für die öffentliche Ordnung im Einklang stehen.

Wir merken weiterhin an, dass die tiefe Reflexion über die diversen Krisen, welche die Menschheit heimsuchen, die unausweichliche und dringende Notwendigkeit zur Zusammenarbeit aller Religionen unterstreicht,

Wir bekräftigen hiermit, dass solch eine Zusammenarbeit auf der Grundlage eines „Gemeinsamen Wortes“ basieren muss, welches über gegenseitige Toleranz und Respekt hinausgehen hat, um den vollumfassenden Schutz der Rechte und Freiheiten aller Religionen sicherstellen zu können sowie um religiösen Zwang, Vorurteile und Hochmut zu verhindern.

Auf all dem oben Erwähnten basierend erklären wir hiermit:

Wir rufen die islamischen Gelehrten und Intellektuellen in aller Welt auf, ein Rechtskonzept der „Bürgerschaft“ zu entwickeln, welches die verschiedenen Gruppen inkludiert. Ein solches Rechtskonzept soll in der islamischen Tradition und auf den islamischen Prinzipien wurzeln sowie die globalen Veränderungen mitberücksichtigen;

Wir drängen muslimische Bildungsinstitutionen und -autoritäten, eine couragierte Überprüfung der Bildungscurricula vorzunehmen, die sich ernsthaft und effektiv jedes Werk anschaut, das zu Aggression und Extremismus verleiten, zu Krieg und Chaos führen und die Zerstörung unserer gemeinsamen Gesellschaften zur Folge haben kann;

Wir rufen die Politiker und Entscheidungsträger auf, die notwendigen politischen und gesetzgeberischen Schritte zu ergreifen, zwischen den Bürgern eine verfassungsvertragliche Beziehung zu etablieren sowie alle Ansätze und Initiativen zu unterstützen, die auf eine Festigung der Beziehungen und des Vertrauens der verschiedenen religiösen Gruppierungen innerhalb der islamischen Welt untereinander zielen;

Wir rufen alle verständigen, künstlerischen und kreativen Mitglieder unserer Gesellschaften wie auch Organisationen der Zivilgesellschaft auf, eine breite Bewegung für den gerechten Umgang mit religiösen Minderheiten in muslimisch dominierten Ländern zu bilden und das Bewusstsein für die Rechte dieser Minderheiten zu fördern sowie zusammenzuarbeiten, um den Erfolg dieses Einsatzes sicherzustellen.

Wir rufen die verschiedenen religiösen Institutionen, die an die gleichen nationalen Strukturen gebunden sind, auf, sich mit der allseitigen Existenz einer selektiven Amnesie auseinanderzusetzen, die die jahrhundertelange Erinnerung gemeinsamen und geteilten Zusammenlebens in einem gemeinsamen Land verhindert; wir rufen daher dazu auf, diese Vergangenheit wieder zu beleben, indem die Tradition des geselligen Miteinanders erneuert und das gegenseitige Vertrauen, das durch Akte des Terrors und der Aggression der Extremisten erschüttert wurde, wiederhergestellt wird;

Wir rufen die Repräsentanten der verschiedenen Religionen, der religiösen Gruppen und Konfessionen auf, sich gegen religiösen Fanatismus, Herabwürdigung und Verunglimpfung dessen, was Menschen für heilig erachten, und sich ebenso gegen alle Reden des Hasses und Fanatismus zu stellen;

Und schließlich bekräftigen wir, dass es gegen jede Moral verstößt, die Religion als Werkzeug der Aggression gegen die Rechte religiöser Minderheiten in muslimisch dominierten Ländern zu missbrauchen.

Marrakesch, 27. Januar 2016

Impressum

Herausgeber



ZENTRUM OEKUMENE

Evangelische Kirche in Hessen und Nassau
Evangelische Kirche von Kurhessen-Waldeck

Praunheimer Landstraße 206
60488 Frankfurt am Main
Tel. 069 976518-11
Fax. 069 976518-19
E-Mail: info@zentrum-oekumene.de

© Neufassung, Oktober 2017

Im Auftrag des Zentralrates der Muslime in
Deutschland und des Zentrums Oekumene
aus dem Arabischen und Englischen
übersetzt von Dr. Mohammed Khallouk, Marburg.

Titelbild
Marrokanisches Fliesenmuster
© trudith via pixabay (CCO Public Domain)

Bildbearbeitung und Satz
Ulrike Bohländer

Layout
meinhardt Verlag und Agentur, Idstein